

„Jetzt wird's teuer“

In der Debatte um die Finanzausstattung der Kommunen geht es immer um die sogenannten Pflichtaufgaben, die sie zu erfüllen haben. Was dazugehört und wie viel Geld diese Aufgaben kosten, zeigt sich beispielhaft in einer Bauausschusssitzung in Otterstadt.

VON NADINE KLOSE

OTTERSTADT. „Das ist eine Pflichtaufgabe.“ „Jetzt wird's wieder teuer.“ „Das ist kein Ponyhof.“ Mit diesen Sätzen hat Otterstadts Beigeordneter Jürgen Zimmer (parteilos) am Dienstag in der Sitzung des Bauausschusses verdeutlicht, dass dessen Mitglieder an diesem Abend über viel Geld abstimmen. Wobei der Entscheidungsspielraum der Kommunalpolitiker begrenzt ist. Bei allen folgenden genannten Projekten hat die Gemeinde keine Wahl oder wie es Zimmer zusammenfasste: „Das muss gemacht werden.“

Zuerst ging es um die denkmalgerechte Sanierung des Rathauses. Laut Jürgen Wagner aus der Bauabteilung der Verbandsgemeindeverwaltung besteht unmittelbarer Handlungsbedarf an der Fassade. Dort drohten Sandsteinsimse herunterzufallen. Diese sollen Wagner zufolge in einem ersten Schritt abgesichert oder abgerissen werden. Alle weiteren Schäden an der Fassade, am Sockel und am Dach, dessen Holzgebälk von Schädlingen befallen ist, könnten im kommenden Jahr angegangen werden, sagte er.

Ausschussmitglied Marc Wagner (BIO) wollte wissen, ob es nicht sinnvoller sei, alles auf einmal zu machen, wenn schon mal ein Gerüst gestellt werden müsse oder ein Hubsteiger im Einsatz wäre. Werner Benedix (BIO) erwähnte, dass für die Sanierung erst einmal Handwerker gefunden werden müssten, und Lothar Ritthaler (CDU) bezweifelte angesichts der weiteren Bauprojekte, die auf der Tagesordnung standen, dass die Bauabteilung diese alle im kommenden Jahr abarbeiten kann. Dessen Vertreter Jürgen Wagner sah darin kein Problem: Die Arbeiten würden von einem Architekten begleitet, begründete er und spielte damit auf die externe Unterstützung an. Insgesamt schätzt die Verwaltung die Kosten für die Rathaussanierung auf rund 200.000 Euro.

Ebenso alternativlos für die Gemeinde ist es, die Not- und Sicherheitsbeleuchtung in der Sommerfest-



lst sanierungsbedürftig: das Rathaus am Königsplatz in Otterstadt.

ARCHIVFOTO: LANDRY

halle zu erneuern. Bisher wurde dafür mit einem Preis von rund 74.000 Euro kalkuliert. Nach neuesten Erkenntnissen kostet laut Verwaltung jedoch allein die Installation etwa 75.000 Euro, weitere Kosten und das Honorar für die Begleitung der Bauarbeiten durch einen Fachingenieur lassen die Summe auf mindestens 100.000 Euro steigen. Die Zeit drängt, denn die Kreisverwaltung hat der Gemeinde die Frist zur Mängelbeseitigung bereits bis Ende Juni 2024 verlängert. Daher sollen die Arbeiten laut Jürgen Zimmer im nächsten Frühjahr beginnen, nachdem Mitte, Ende März die Boote, die dort über Winter stehen, aus der Halle hinausgefahren wurden.

Ein nicht unerheblicher Kostenfaktor, um den die Gemeinde ebenfalls nicht herumkommt, ist die Brandschutzsanierung der Kindertagesstätte Arche Noah. Dort fehlt vor allem ein zweiter Rettungsweg aus dem ersten

Obergeschoss, weshalb eine Fluchtstreppe vorgesehen ist. Hinzu kommen weitere Brandschutzvorkehrungen, sodass sich die geschätzten Kosten auf 200.000 Euro summieren. „Wenn wir es nicht machen, können wir die Kita zumachen“, sagte Zimmer.

Was in der Betreuungseinrichtung ebenfalls erforderlich ist, ist eine neue Küche. Bei einer Begehung der Lebensmittelüberwachung sei diese als „erheblich abgewirtschaftet“ beurteilt worden. In der Küche werde für mehr Personen als früher gekocht, weil der Hort noch hinzugekommen sei, erläuterte Zimmer. Bei diesem Projekt verzeichnet die Verwaltung ebenfalls eine „enorme Preissteigerung“. Eine erste Kostenschätzung einer Firma belief sich auf etwa 50.000 Euro. Jetzt wird mit 100.000 bis 120.000 Euro gerechnet – auch weil weitere Ausgaben etwa für Elektro-, Sanitär- und Heizungsinstallationen hinzukommen.

Beigeordneter Zimmer formulierte die leise Hoffnung, dass die Ratsmitglieder in der nächsten Legislaturperiode „erst einmal Ruhe“ vor solchen Großprojekten haben, da alle drei Kitas sowie die Grundschule dann saniert wären. CDU-Politiker Ritthaler ist sich da nicht so sicher: „Dann wird es wieder neue Vorgaben geben“, sagte er und spielte damit auf die Landesregierung an, deren Vorgaben diese „Pflichtaufgaben“ notwendig machen – etwa im Kita-Bereich durch das neue Gesetz und beim Brandschutz.

Insgesamt haben die Kommunalpolitiker an diesem Abend rund 610.000 Euro verplant. „Wir sind der Rat, der das meiste Geld ausgegeben hat, aber wir haben es investiert“, sagte Zimmer und bezog damit alle bereits auf den Weg gebrachten und angesprochenen Sanierungsprojekte ein, die die Gemeinde Hunderttausende Euro kosten.